

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 78 Mark

Nr. 45.

Berlin, Freitag, den 10. November 1922.

49. Jahrg.

Zum 9. November.

Das war ein Tag vor vier Jahren, ein kühler Novembertag,
Der Sturm piff durch die Aeste, die Freiheitssehnsucht sang,
Der dunkle Himmel hellte sich auf mit einem Schlag,
Das war der Tag vor vier Jahren, an dem die Knechtschaft
Da trafen wir Mann an Mann, [Sprang.
Frau an Frau für die Freiheit an.
Hoch bauchte die rote Fahne empor.
Das Volk trat an, das Volk trat vor.

Und Hand in Hand, wie allerblutigste Not sie verband,
Instarken Reihn, geschlossen, ging's wider Krieg und Thron.
Ohn' Haßgeschrei, ohne Schrei nach Blut, eine einzige Hand,
Zerschlug das Volk das Elend, die Ketten und die Fron.
Alle trafen, Mann an Mann,
Frau an Frau für die Freiheit an.
Hoch bauchte die rote Fahne empor.
Das Volk trat an, das Volk trat vor.

Das war der Tag vor vier Jahren, ein Kampfes- und Siegestag.
Der Freiheit eine Gasse, der Zukunft weit ein Tor!
Auf feiger Flucht verkroch sich das feige Fürstenpad.
Das war der Tag vor vier Jahren, an dem der Kaiser sein
Alle trafen an, Mann an Mann, [Volk verlor.
Frau an Frau für die Freiheit an.
Hoch bauchte die rote Fahne empor.
Das Volk trat an, das Volk trat vor.

Das war ein Tag vor vier Jahren, des glühende Flamme lebt,
Solange noch ein Freier die freie Erde liebt.
Und wenn ein Mächtiger wieder die freche Hand erhebt,
Soll er die Flamme fühlen, die uns den Kampfsmut gibt.
Dann treten wir Mann an Mann,
Frau an Frau für die Freiheit an.
Hoch baucht sich die rote Fahne empor.
Das Volk trifft an, das Volk trifft vor.

Und schmieden sie neue Ketten und sinnen neue Not,
Die Prasser und Volksausbeuter, die satte, ekle Brut:
Heran, heran! Es geht doch einmal auf Leben oder Tod.
Heran, ihr sollt erfahren, wie teuer unser Blut.
Dann treten alle, Mann an Mann,
Frau an Frau für die Freiheit an.
Hoch baucht sich die rote Fahne empor.
Das Volk trifft an, das Volk trifft vor.

Jans Gathmann.

Prolog der Revolution.

Von Dr. Werner Beiser.

Während die Ereignisse des Tages einander mit einer Geschwindigkeit jagen, an die man sich immer noch nicht recht zu gewöhnen vermag, empfindet man von Zeit zu Zeit mit gesteigerter Sehnsucht das Bedürfnis, aus der Vergangenheit auf die Gegenwart und aus ihr auf die Zukunft zu schließen. Man hat Geschichte das Prophezeien in die Vergangenheit genannt, und Zukunftsverkündungen sind dem forschenden Geist noch unendlich viel schwieriger zugänglich, weil der Fehlerquellen zu viele sind, und doch sind gerade wir Sozialisten in der erfreulichen Lage, einen Maßstab für die Einwertung der Zukunft in Händen zu haben, der den Anhängern der bürgerlichen Weltanschauung verschlossen bleiben muß: die materialistische oder besser die historisch-ökonomische Geschichtsauffassung.

Es ist in den letzten Jahren viel an dem großen Bau gerüttelt worden, den die Theoretiker des Sozialismus errichtet haben, und man fügt ihrem Namen nichts Böses zu, wenn man offen gesteht, daß mancher Stein vor der prüfenden Hand nicht standzuhalten vermochte. Vielleicht dürfen wir uns gerade dann, wenn wir Dialektik im marxistischen Sinne treiben, mit um so berechtigterem Stolz als Erben marxistischen Geistes bezeichnen, weil wir die Geschichte dialektisch, nicht aber vom Standpunkt der konservativen Beharrung aus ansehen.

In seiner glänzenden, auch heute noch überaus lesenswerten Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ sagt Karl Marx einmal folgendes:

„Bürgerliche Revolutionen, wie die des 18. Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Regenjammer erfasst die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt.“

Prüfen wir an der Hand dieser Begriffsbestimmung die deutsche Novemberrevolution, so stellen wir fest, stellen es freudig fest, daß sie mit dem Charakter einer bürgerlichen Revolution nicht das mindeste gemein hat. Da war nichts zu spüren von Manifest oder Ekstase, nichts von Höhepunkten oder überschäumenden Elementarereignissen, nichts von dramatischen Effekten oder epochemachendem Blendwerk: die deutsche Revolution ging einen anderen Weg. Prüfen wir, ob auf sie die weiteren Worte von Karl Marx zutreffen, in denen er folgende Charakteristik entwirft:

„Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des 19. Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnern grausam gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur nieder zu werfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schraken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Hic Rhodus, hic salta.“

Mitglieder! Mahret Eure Rechte durch pünktliche Beitragszahlung!
In der Woche vom 6. bis 12. November ist der 45. Beitrag fällig.

Mit erstaunlicher Präzision ist in diesen Worten das Wesen der proletarischen Revolution gezeichnet, und wenn wir sie auf die Ereignisse in Deutschland, in Rußland, in Oesterreich usw. seit den denkwürdigen Herbsttagen 1918 vergleichend anwenden, so finden wir erheblich mehr Merkmale, die auf das Zutreffende der gegenwärtigen Revolutionsperiode mit den von Marx geschilderten proletarisch-revolutionären Perioden des 19. Jahrhunderts hinweisen. Dabei dürfen scheinbare Abweichungen nicht unterschätzt, eben so sehr aber nicht allzu schwer genommen werden: es war ein müdes, ausgehungertes Volk, das sich in verzweifelter Kräftenspannung im Jahre 1918 erhob, um die unerträglich lastenden Ketten von sich zu werfen. Wer wagt es, absäffig darüber zu urteilen, daß einem solchen Volk der geistige Glanz und die große Geste abhanden gekommen war? Im Beginn der revolutionären Epoche des 20. Jahrhunderts dröhnten — und das ist für diese Periode entscheidend — die Schritte der Arbeiterbataillone. Die Zukunft, die der Arbeiterklasse gehört, wurde von ihr eröffnet.

So darf man mittels der historisch-ökonomischen Geschichtsauffassung, die den Sozialismus von allen übrigen Weltanschauungen grundsätzlich unterscheidet, schließen, daß wir mitten im Stadium eines revolutionären Zeitalters stehen. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß mit Notwendigkeit der revolutionäre Klassenkampf in den folgenden Jahren durch blutige Straßentämpfe stattfinden wird, wenngleich die sich zuspitzende Wirtschaftskrise — ständige Kapitalsakkumulation auf der einen, zunehmende Verelendung auf der anderen Seite — auch hierfür zum mindesten günstige Vorbedingungen schafft. Das Wesen der Revolution liegt jedoch nicht in der manuellen Auseinandersetzung zwischen den Angehörigen der verschiedenen Klassen, sondern in der im beschleunigten Tempo erfolgenden Umwälzung des Produktionsprozesses und damit einer ständigen Verschiebung der jeweiligen Lage der einzelnen Klassen.

Als Sozialisten können wir diese Tatsache nur begrüßen, weil wir sie auf Grund unserer Geschichtsbetrachtung als einen erheblichen Schritt vorwärts auf dem Wege zu einer Produktionsmethode ansehen, die durch Beseitigung des Mehrwertes und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen eine Welt schaffen wird, die zwar auch nicht das Paradies auf Erden bedeuten mag, aber im Vergleich zu der unerträglichsten Gegenwart lochend genug ist.

Das neue Lohnabkommen.

Unsere Verhandlungskommission, bestehend aus den Kollegen, Apel, Karl, Griesbach, Hoffmann, Bredow, Zahn und Kersch-Selb, traf sich am Sonntag, den 29. Oktober, in München, um sich über die Form und Höhe der an die Arbeitgeber für ein neues Lohnabkommen zu stellenden Forderungen in einer Vorberatung schlüssig zu werden. Das Ergebnis dieser Vorberatung war, daß man als Forderungen aufstellte:

1. Die Auszahlung eines einmaligen Abgeltungsbetrages;
2. neue Lohn tafeln, die in den Hauptpositionen eine Erhöhung gegenüber dem bisherigen Lohnstand von 100 Proz. darstellten, und
3. eine Erhöhung der Tourenelder für Kraftwagenführer usw.

Die Forderungen wurden am Montagvormittag der Verhandlungskommission des Arbeitgeberverbandes überreicht. Infolge einer Vorberatung der Arbeitgeberseite über unsere Forderungen konnten die Verhandlungen erst am Dienstag beginnen. Die Arbeitgeberseite glaubte, daß durch ein Gegenangebot von 25 Proz. Zuschlag auf die Effektivverdienste der Verteuerung genügend Rechnung getragen sei. Die Auszahlung eines einmaligen Abgeltungsbetrages wurde mit aller Entschiedenheit abgelehnt, und es gelang unserer Verhandlungskommission auch während des weiteren Verlaufes der Verhandlung nicht, die Arbeitgeberseite zu einem solchen Zugeständnis zu bewegen. Von unserer Verhandlungskommission wurde mit aller Schärfe hervorgehoben, daß von einem so geringen Zuschlag gar nicht die Rede sein könne und selbst auch bei einer Lohnumstellung der niedrigste Zuschlag weit über 25 Proz. liegen müsse. In einer nochmaligen Sonderberatung wurden sich die Arbeitgebervertreter schlüssig, von einer Effektivlohnerhöhung abzugehen und neue Lohn tafeln und damit auch eine Lohnumstellung im neuen Lohnabkommen festzulegen. Die von ihnen vorgeschlagene Lohn tabelle stellte gegenüber dem bisherigen Lohnstand eine Aufbesserung bis zu 40 Proz. dar. Nachdem man die Höhe der in die Lohn tabelle aufzunehmenden Sätze im voraus verhandelt hatte und sich die Arbeitgeberseite nicht darüber hinausdrängen ließ, in neue Lohn tafeln was durch eine Lohnumstellung gegenüber dem bisherigen Lohnstand mehr als 60 bis herab zu 40 Proz. zugestehen, und bei Zeitlöhnern der bisherige Mehrlohn nur zahlenmäßig übernommen werden sollte, hielt es unsere Verhandlungskommission

für richtiger, auf einen einheitlichen Effektivlohnzuschlag zurückzugreifen. Es kam dann auch am Donnerstag, den 2. November, ein entsprechendes Abkommen zustande. Da sich dasselbe eng an das bisherige Lohnabkommen anlehnt, ist es nicht erforderlich, besondere Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen zu geben. Wir lassen hier das Abkommen nebst der Vereinbarung über das Zehr- und Uebernachtungsgeld folgen:

Lohnabkommen für die deutsche feinkeramische Industrie.

Gültig ab 29. Oktober 1922.

Auf Grund freier Verhandlungen ist folgendes Lohnabkommen zwischen den unterzeichneten Parteien vereinbart worden:

1. Die bestehenden Akkordverdienste aller Facharbeiter, Facharbeiterinnen, sonstigen Arbeiter und sonstigen Arbeiterinnen aller Altersstufen in allen Ortsklassen werden um 50 Proz. erhöht.

Desgleichen werden die Gesamtverdienste der im Zeitlohn beschäftigten Facharbeiter, Facharbeiterinnen, sonstigen Arbeiter und sonstigen Arbeiterinnen aller Altersstufen in allen Ortsklassen um 50 Proz. erhöht.

Wird dieser neue Effektivlohnzuschlag vereinigt mit den im Lohnabkommen vom 11. Oktober festgesetzten Gesamtzuschlägen, so erhöhen sich die Gesamtzuschläge

für Ortsklasse	Groß-Berlin	statt	75 Proz.	auf	162,5 Proz.
"	A	"	90	"	185
"	B	"	100	"	200
"	C	"	103	"	204,5
"	Ilmenau	"	95	"	192,5

2. Von der Erhöhung sind ausgenommen die sozialen Zulagen und die Prämien.

3. Während des abgelaufenen Lohnabkommens gewährte Teuerungszulagen werden angerechnet.

4. Dieses Abkommen läuft vom 29. Oktober bis einschließlich 19. November 1922.

Die Verhandlungen über die weitere Lohngestaltung finden am 20. November statt.

München, den 2. November 1922.

Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie.

Gramß.

Dr. Warkle.

Verband der

Porzellan- u. verwand. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

A. Karl.

Luislo Apel.

Verband der deutschen Gewerksvereine.

Johann Centmayer.

Zentralverband der Maschinisten und Geizer.

R. Reinhardt.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe Deutschlands.

Für Schrift: A. Karl.

Luislo Apel.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Hans Eberle.

Vereinbarung über das Zehr- und Uebernachtungsgeld für Kraftwagenführer, Rutscher und Beifahrer.

(Gemäß § 19 des RTB, letzter Absatz.)

Bei auswärtigen Touren von 3 bis 6 Stunden Dauer wird an Kraftwagenführer, Rutscher und Beifahrer ein Zehrgeld von 90 Mk., bei Touren über 6 Stunden ein solches von 180 Mk. vergütet.

Für Uebernachten während der Touren ist eine Uebernachtungsgebühr von 200 Mk. zu zahlen.

Diese Beträge verstehen sich ohne weitere Zuschläge.

Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie.

Gramß.

Dr. Warkle.

Verband der

Porzellan- u. verwand. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

A. Karl.

Luislo Apel.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Hans Eberle.

Noch einmal Reichs- oder Bezirkslohntarife.

Es ist mir ein Bedürfnis, auf den Artikel in Nr. 41 der „Ameise“ und den in Nr. 42, der das neue Lohnabkommen behandelt, einzugehen. Nun möchte ich aber nicht die „Ameise“ zum Sammelpfad von solchen Behauptungen machen, wie es in dem G. B. gezeichneten zweiten Teil des zuerst angeführten Artikels geschehen ist. Unser Verlangen nach Bezirkslohntarifen zu identifizieren mit Zellenbau, Unionismus und was dergleichen schöne Sachen mehr sind, halte ich für ein ziemlich starkes Stück. Weiter will der Verfasser dieser Notiz wissen, daß es undemokratisch sei, gegen den Willen der Mehrheit zu opponieren. Ich möchte mir die Frage erlauben, wie und wo steht denn geschrieben, daß eine Minderheit ihre Gedankengänge, solange es in sachlicher und kollegialer Weise geschieht, nicht vertreten darf? Weiter unten werde ich mir gestatten, dem Unterzeichner zu beweisen, wie wenig er in der Lage ist, unsere Verhältnisse am Bläse und die Stellung der Organisation hierzu zu begreifen.

Zu der Frage, ob es für die Arbeiterschaft nützlich ist, Tarife über einen kleineren oder einen größeren Teil eines Wirtschaftsgebietes zu erzielen, möchte ich bemerken, daß gewiß unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Lohnregelung über das ganze Reich als das Erstrebenswerteste zu bezeichnen ist. Auch meine Freunde und ich teilen diese Ueberzeugung. Es fragt sich aber, ob die Gegenwart nicht andere Maßnahmen erfordert. Was vor 9 Jahren gut war, braucht bei der seither, wie wohl jeder zugeben wird, katastrophal verschobenen Wirtschaftslage nicht mehr gut zu sein. Daß die Verhältnisse in einem Bezirk wesentlich teurer sein können, als in einem anderen, wird derjenige, der die Zahlen der amtlich veröffentlichten Statistik kennt, nicht zu bestreiten wagen.

Der Unterzeichner V. E. will beweisen, daß Bezirksarife unangenehme Wirkungen mit sich bringen, indem er behauptet, es sei dem Unternehmen, das in verschiedenen Bezirken Betriebe unterhält, möglich, den Bezirk mit höherem Lohn zu benachteiligen. Ja, Kollegen, ist dies denn bei der Ortsklasseneinteilung nicht auch angängig? Haben wir nicht viele Unternehmungen, die an den verschiedensten Plätzen Betriebe haben? Die Fälle Farge, Hennigsdorf und Gotha beweisen mir solange nichts, als ich nicht sicher weiß, ob die in Betracht kommenden Kollegen, was mir näher zu liegen scheint, nicht den Hauptwert auf unseren Mantelvertrag legen. Ich kann mir nicht gut denken, daß sie es auf unsere im Tarif verzeichneten Löhne abgesehen haben. Der 4. Abschnitt in diesem Eingekant hat etwas für sich. Zweifellos ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß hier und da auch einmal der Unternehmer Vorteil aus dem Bezirksvertrag schlagen würde. Doch gerade unser Verlangen zeigt ja, daß auch der Reichsvertrag solche Möglichkeiten in sich birgt. Nach unserem Erachten trägt der letztere noch andere Gefahren in sich. Es sei mir gestattet, in diesem Zusammenhange auf den Verschmelzungsartikel in Nr. 42 der „Ameise“ einzugehen. In der Mitte der 4. Seite bemerkt der Besprecher der Auslassungen Grünzels, daß er die Gründe gegen eine Verschmelzung mit den Glasarbeitern darin erblickt, daß das Unternehmertum dieser Industrie zu wenig liiert sei mit unseren Konzernen. Hieraus kann ich nur entnehmen, daß man es für zweckmäßiger hält, bei Differenzen die Arbeitgeberchaft auf der ganzen Linie wider sich zu haben, was beim Reichslohnabkommen, wenn es abgelehnt wird, unbedingt die Folge sein muß. Diese Erfahrung mußten wir erst im vorigen Herbst machen. Klar ist mir ja, daß die Entscheidung unsererseits für Bezirksarife noch lange nicht den geschlossenen Unternehmerverband beseitigt, was nicht einmal in unserer Absicht liegen kann, denn wir haben von jeher Verhandlungen von Organisation zu Organisation für vorteilhafter gehalten, als dieselben mit Außenseitern. Aber auch die Arbeitgeberchaft muß die Öffentlichkeit in ihre Kalkulation einstellen, wenn sie ihren Kollegen zu Hilfe kommen will. Es würde Kopfschütteln auslösen, wollten beispielsweise die Thüringer Unternehmer ihren sächsischen Kollegen durch eine Aussperrung beistimmen, wenn sie gar nicht am Vertrage beteiligt sind. Meines Erachtens ist die Möglichkeit, Forderungen bezirksweise durchzubringen, eher gegeben, als in einem allzu großen Kreise. Freilich dürfte der Zustand nicht Platz greifen, daß fortgesetzt sämtliche Bezirke ihr Eisen im Feuer haben möchten. Ein gewisses System müßte unbedingt in die Sache gebracht werden. Man komme mir nicht und sage, da machst du die Rechnung ohne die Unternehmer. Diese sehen in beiden Fällen unseren Forderungen den ihnen angebrachten Widerstand entgegen.

Der Kollege geht dann speziell auf die Dresdener Verhältnisse ein und redet uns recht väterlich zu, indem er sagt, ihr seid ja an der Spitze gewesen, ihr müßt arbeiten, so wie wir, und nicht durch euer partikularistisches Verhalten das Wohl von 68 000 Mitgliedern aus dem Auge verlieren, um euer Schäfchen zu scheren. Kollege, gearbeitet wird hier; das beweist zur Genüge, daß wir ganz ansehn-

liche Leistungszuschläge auf unsere tariflichen Mindestlöhne aufzuweisen haben. Nun kommt aber die Sache, um die es sich dreht. Auch hier gibt es wie überall Betriebe, deren Leiter so hartgesotten sind, die, da sie nicht gut ganz um diese Zuschläge herumkommen konnten, dieselben im Hinblick auf die steigende Geldentwertung so lächerlich gering bemessen haben, daß von Leistungszulagen oder Mehrlohn überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann. Wir haben einen Betrieb im Bezirk, wo drei Organisationen die Löhne ihrer Mitglieder regeln. Während alle in unserer Produktion Tätigen unsere Gewerkschaft angehören, ist dies bei der Offenfabrikation nicht der Fall. Die Hilfsarbeiter dieser Sparte sind anderweitig organisiert. Die Tätigkeit dieser Arbeiter unterscheidet sich durch nichts von der unserer Kollegen. Ersteren sind aber die Hände nicht durch reichstarifliche Regelung ihres Lohnverhältnisses gebunden, und so erleben wir das Schauspiel, daß innerhalb eines Betriebes für ein und dieselbe Arbeit, wenn sie von verschiedenen Arbeitern getan wird, die krassen Lohnunterschiede bestehen. Damit man uns aber nicht komme mit Redensarten wie: da müßt ihr eben die Leistungszuschläge erhöhen zum Ausgleich, will ich dazu bemerken, daß nach dieser Richtung schon das Menschenmögliche getan worden ist. Der Unternehmer hat sich nicht gescheut, den Betroffenen zu erklären: schließt euch einer anderen Organisation an, und wir werden das zahlen müssen, was mit derselben vereinbart ist. Unsere Arbeit ist es, wenn die Kollegen bis heute noch nicht auf diese Redensarten hineingefallen sind. Wie lange wird das unsere Veredsamkeit vermeiden können? Solche Verhältnisse können sich innerhalb eines Betriebes bilden; wieviel schlimmer es von Industrie zu Industrie aussieht, werden auch Kollegen außerhalb des sächsischen Bezirkes erfahren haben. Noch überall in Sachsen, wohin wir blicken, leiden die Kollegen an denselben mißlichen Umständen. Auf die Gefahr hin, den Gegnern der bezirklichen Regelung Waffen in die Hände zu liefern, möchte ich durch ein sprechendes Beispiel den Beweis liefern, wie verschieden noch gegenwärtig die Verhältnisse in den Bezirken gelagert sind. Während die Bezahlung der Zeitlöhner unseres Berufes in Sachsen überall weit hinter der der Textilindustrie herhinkt, versuchen die Arbeiter der letzteren, durch Streik die Höhe unseres Tarifes in Schlesien erst zu erreichen. Um falschen Schlüssen vorzubeugen, gestatte ich mir zu bemerken, daß der Textilarbeiterverband bestimmt dort auch gearbeitet hat, damit er seinen Mitgliedern das brachte, was nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Bezirk notwendig erschien. Wenn ich aber der Kollegenschaft im Reiche die Tatsache unterbreiten muß, daß ein Maler im Dresdener Genre im Durchschnitt die Löhne der chemischen Industrie, von den Bauhilfsarbeitern gar nicht zu reden, nicht erreichen kann — nicht vergessen darf hierbei werden, daß unsere Leute im Nord arbeiten — wird sie mir zugeben müssen, daß die Rechnung der Befechter der reichstariflichen Regelung ein Loch haben muß.

Resümierend komme ich zu dem Schluß: für den Reichstarif spricht es, daß er uns die Gewähr bietet, daß die Arbeiterschaft einer Industrie im ganzen Reichsgebiet unbedingt tariflich erfaßt wird. Gegen ihn, er erlaubt dem Unternehmer, bei besonders ungünstig gelagerten Verhältnissen in einigen Bezirken sein Schema aufzunützen. Während bei bezirklichen Verhandlungen der in Anspruch genommene Unparteiische das wirtschaftliche Leben um sich herum unbedingt ins Auge fassen muß, ist bei Verhandlungen über das ganze Reich, besonders dann, wenn die Verhandlungen in einem wirtschaftlich zurückgebliebenen Lande stattfinden, diese Gewähr nicht geboten. Daß dies kein Trugschluß unsererseits ist, hat uns Coburg und Nürnberg erwiesen. Die Arbeitgebervertreter werden eine andere Sprache führen müssen, wenn sie einen im Bezirk eingestandenen Vertreter der Arbeiterschaft vor sich haben. Schließlich ist auch die Möglichkeit geboten, bei ganz unzureichenden Zugeständnissen die Kollegen selbst sprechen zu lassen. Es kommt mir in den vorstehenden Ausführungen besonders darauf an, der Kollegenschaft zu zeigen, daß auch wir hier am Bläse in erster Linie der Organisation dienen wollen. Wir sind der Auffassung, daß wir allen unberechtigten Kritiken innerhalb der Mitglieder entgegenzutreten haben, aber den berechtigten Kern herauszuschälen müssen.

Das letzte Abkommen in Coburg zeigt leider auch die Tendenz des Nürnberger Vertrages. Da wir uns für das kommende Tarifjahr mit dem Gegebenen abfinden müssen, wollen wir gern gestehen, daß uns der neu eingeschlagene Weg vorerst ganz gut gefallen hat. Die frühere Klasse I, jetzt A, soll mit 100 Einheiten zum Grundstock unserer Lohnpolitik werden. Das ist nach meinem Erachten unbedingt so aufzufassen, daß die Vertreter solcher Orte die künftigen Vereinbarungen zu treffen haben. Wenn von unserer Seite die ernannte Tarifkommission diese Arbeit erledigt, so scheint mir dies sehr angebracht. Unsere Vertreter werden aber beim Arbeitgeberverband darauf bestehen müssen, daß von deren Seite

Mit erstaunlicher Präzision ist in diesen Worten das Wesen der proletarischen Revolution gezeichnet, und wenn wir sie auf die Ereignisse in Deutschland, in Rußland, in Oesterreich usw. seit den denkwürdigen Herbsttagen 1918 vergleichend anwenden, so finden wir erheblich mehr Wertmale, die auf das Zutreffende der gegenwärtigen Revolutionsperiode mit den von Marx geschilderten proletarisch-revolutionären Perioden des 19. Jahrhunderts hinweisen. Dabei dürfen scheinbare Abweichungen nicht unterschätzt, eben so sehr aber nicht allzu schwer genommen werden: es war ein müdes, ausgehungertes Volk, das sich in verzweifelter Kräftenspannung im Jahre 1918 erhob, um die unerträglich lastenden Ketten von sich zu werfen. Wer wagt es, absällig darüber zu urteilen, daß einem solchen Volk der geistige Glanz und die große Geste abhanden gekommen war? Im Beginn der revolutionären Epoche des 20. Jahrhunderts bröhnten — und das ist für diese Periode entscheidend — die Schritte der Arbeiterbataillone. Die Zukunft, die der Arbeiterklasse gehört, wurde von ihr eröffnet.

So darf man mittels der historisch-ökonomischen Geschichtsauffassung, die den Sozialismus von allen übrigen Weltanschauungen grundsätzlich unterscheidet, schließen, daß wir mitten im Stadium eines revolutionären Zeitalters stehen. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß mit Notwendigkeit der revolutionäre Klassenkampf in den folgenden Jahren durch blutige Straßentämpfe stattfinden wird, wengleich die sich zuspitzende Wirtschaftskrise — ständige Kapitalsakkumulation auf der einen, zunehmende Verelendung auf der anderen Seite — auch hierfür zum mindesten günstige Vorbedingungen schafft. Das Wesen der Revolution liegt jedoch nicht in der manuellen Auseinandersetzung zwischen den Angehörigen der verschiedenen Klassen, sondern in der im beschleunigten Tempo erfolgenden Umwälzung des Produktionsprozesses und damit einer ständigen Verschiebung der jeweiligen Lage der einzelnen Klassen.

Als Sozialisten können wir diese Tatsache nur begrüßen, weil wir sie auf Grund unserer Geschichtsbetrachtung als einen erheblichen Schritt vorwärts auf dem Wege zu einer Produktionsmethode ansehen, die durch Beseitigung des Mehrwertes und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen eine Welt schaffen wird, die zwar auch nicht das Paradies auf Erden bedeuten mag, aber im Vergleich zu der unerträglichen Gegenwart lochend genug ist.

Das neue Lohnabkommen.

Unsere Verhandlungskommission, bestehend aus den Kollegen, Apel, Karl, Griesbach, Hoffmann, Bredow, Zahn und Retisch-Selb, traf sich am Sonntag, den 29. Oktober, in München, um sich über die Form und Höhe der an die Arbeitgeber für ein neues Lohnabkommen zu stellenden Forderungen in einer Vorberatung schlüssig zu werden. Das Ergebnis dieser Vorberatung war, daß man als Forderungen aufstellte:

1. Die Auszahlung eines einmaligen Abgeltungsbetrages;
2. neue Lohn tafeln, die in den Hauptpositionen eine Erhöhung gegenüber dem bisherigen Lohnstand von 100 Proz. darstellten, und
3. eine Erhöhung der Touren gelder für Kraftwagenführer usw.

Die Forderungen wurden am Montagvormittag der Verhandlungskommission des Arbeitgeberverbandes überreicht. Infolge einer Vorberatung der Arbeitgeberseite über unsere Forderungen konnten die Verhandlungen erst am Dienstag beginnen. Die Arbeitgeberseite glaubte, daß durch ein Gegenangebot von 25 Proz. Zuschlag auf die Effektivverdienste der Verteuerung genügend Rechnung getragen sei. Die Auszahlung eines einmaligen Abgeltungsbetrages wurde mit aller Entschiedenheit abgelehnt, und es gelang unserer Verhandlungskommission auch während des weiteren Verlaufes der Verhandlung nicht, die Arbeitgeberseite zu einem solchen Zugeständnis zu bewegen. Von unserer Verhandlungskommission wurde mit aller Schärfe hervorgehoben, daß von einem so geringen Zuschlag gar nicht die Rede sein könne und selbst auch bei einer Lohnumstellung der niedrigste Zuschlag weit über 25 Proz. liegen müsse. In einer nochmaligen Sonderberatung wurden sich dann die Arbeitgebervertreter schlüssig, von einer Effektivlohnaufbesserung abzusehen und neue Lohn tafeln und damit auch eine Lohnumstellung im neuen Lohnabkommen festzulegen. Die von ihnen vorgezeichnete Lohn tabelle stellte gegenüber dem bisherigen Lohnstand eine Aufbesserung bis zu 40 Proz. dar. Nachdem man über die Höhe der in die Lohn tabelle aufzunehmenden Sätze bis ins kleinste verhandelt hatte und sich die Arbeitgeberseite nicht weiter hinausdrängen ließ, in neue Lohn tafeln und durch eine Lohnumstellung gegenüber dem bisherigen Lohnstand mehr als 60 bis herab zu 40 Proz. zuzugestehen, und bei Zeitlöhnern der bisherige Mehrlohn nur zahlenmäßig übernommen werden sollte, hielt es unsere Verhandlungskommission

für richtiger, auf einen einheitlichen Effektivlohnzuschlag zurückzugreifen. Es kam dann auch am Donnerstag, den 2. November, ein entsprechendes Abkommen zustande. Da sich dasselbe eng an das bisherige Lohnabkommen anlehnt, ist es nicht erforderlich, besondere Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen zu geben. Wir lassen hier das Abkommen nebst der Vereinbarung über das Zehr- und Uebernachtungsgeld folgen:

Lohnabkommen für die deutsche feinkeramische Industrie.

Gültig ab 29. Oktober 1922.

Auf Grund freier Verhandlungen ist folgendes Lohnabkommen zwischen den unterzeichneten Parteien vereinbart worden:

1. Die bestehenden Akkordverdienste aller Facharbeiter, Facharbeiterinnen, sonstigen Arbeiter und sonstigen Arbeiterinnen aller Altersstufen in allen Ortsklassen werden um 50 Proz. erhöht.

Desgleichen werden die Gesamtverdienste der im Zeitlohn beschäftigten Facharbeiter, Facharbeiterinnen, sonstigen Arbeiter und sonstigen Arbeiterinnen aller Altersstufen in allen Ortsklassen um 50 Proz. erhöht.

Wird dieser neue Effektivlohnzuschlag vereinigt mit den im Lohnabkommen vom 11. Oktober festgesetzten Gesamtzuschlägen, so erhöhen sich die Gesamtzuschläge

für Ortsklasse	Groß-Berlin	statt	75 Proz.	auf	162,5 Proz.
"	A	"	90	"	185
"	B	"	100	"	200
"	C	"	103	"	204,5
"	Ilmenau	"	95	"	192,5

2. Von der Erhöhung sind ausgenommen die sozialen Zulagen und die Prämien.

3. Während des abgelaufenen Lohnabkommens gewährte Steuerzuschläge werden angerechnet.

4. Dieses Abkommen läuft vom 29. Oktober bis einschließlich 19. November 1922.

Die Verhandlungen über die weitere Lohngestaltung finden am 20. November statt.

München, den 2. November 1922.

Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie.

Gramß.

Dr. Warnke.

Verband der

Porzellan- u. verwandl. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

A. Karl.

Luislo Apel.

Verband der deutschen Gewerksvereine.

Johann Centmayer.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

R. Reinhardt.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe Deutschlands.

Für Schatt: A. Karl.

Luislo Apel.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Hans Eberle.

Vereinbarung über das Zehr- und Uebernachtungsgeld für Kraftwagenführer, Kutscher und Beifahrer.

(Gemäß § 19 des RTB, letzter Absatz.)

Bei auswärtigen Touren von 3 bis 6 Stunden Dauer wird an Kraftwagenführer, Kutscher und Beifahrer ein Zehrgeld von 90 M., bei Touren über 6 Stunden ein solches von 180 M. vergütet.

Für Uebernachten während der Touren ist eine Uebernachtungsgebühr von 200 M. zu zahlen.

Diese Beträge verstehen sich ohne weitere Zuschläge.

Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie.

Gramß.

Dr. Warnke.

Verband der

Porzellan- u. verwandl. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

A. Karl.

Luislo Apel.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Hans Eberle.

Noch einmal Reichs- oder Bezirkslohntarife.

Es ist mir ein Bedürfnis, auf den Artikel in Nr. 41 der „Ameise“ und den in Nr. 42, der das neue Lohnabkommen behandelt, einzugehen. Nun möchte ich aber nicht die „Ameise“ zum Tummelplatz von solchen Behauptungen machen, wie es in dem G. S. gezeichneten zweiten Teil des zuerst angeführten Artikels geschehen ist. Unser Verlangen nach Bezirkslohntarifen zu identifizieren mit Zellenbau, Unionismus und was dergleichen schöne Sachen mehr sind, halte ich für ein ziemlich starkes Stück. Weiter will der Verfasser dieser Notiz wissen, daß es undemokratisch sei, gegen den Willen der Mehrheit zu opponieren. Ich möchte mir die Frage erlauben, wie und wo steht denn geschrieben, daß eine Minderheit ihre Gedankengänge, solange es in sachlicher und kollegialer Weise geschieht, nicht vertreten darf? Weiter unten werde ich mir gestatten, dem Unterzeichner zu beweisen, wie wenig er in der Lage ist, unsere Verhältnisse am Platze und die Stellung der Organisation hierzu zu begreifen.

Zu der Frage, ob es für die Arbeiterschaft nützlich ist, Tarife über einen kleineren oder einen größeren Teil eines Wirtschaftsgebietes zu erzielen, möchte ich bemerken, daß gewiß unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Lohnregelung über das ganze Reich als das Erstrebenswerteste zu bezeichnen ist. Auch meine Freunde und ich teilen diese Ueberzeugung. Es fragt sich aber, ob die Gegenwart nicht andere Maßnahmen erfordert. Was vor 9 Jahren gut war, braucht bei der seither, wie wohl jeder zugeben wird, katastrophal verschobenen Wirtschaftslage nicht mehr gut zu sein. Daß die Verhältnisse in einem Bezirk wesentlich teurer sein können, als in einem anderen, wird derjenige, der die Zahlen der amtlich veröffentlichten Statistik kennt, nicht zu bestreiten wagen.

Der Unterzeichner L. E. will beweisen, daß Bezirksarife unangenehme Wirkungen mit sich bringen, indem er behauptet, es sei dem Unternehmen, das in verschiedenen Bezirken Betriebe unterhält, möglich, den Bezirk mit höherem Lohn zu benachteiligen. Ja, Kollegen, ist dies denn bei der Ortsklasseneinteilung nicht auch angängig? Haben wir nicht viele Unternehmungen, die an den verschiedensten Plätzen Betriebe haben? Die Fälle Farge, Gennigsdorf und Gotha beweisen mir solange nichts, als ich nicht sicher weiß, ob die in Betracht kommenden Kollegen, was mir näher zu liegen scheint, nicht den Hauptwert auf unseren Mantelvertrag legen. Ich kann mir nicht gut denken, daß sie es auf unsere im Tarif verzeichneten Löhne abgesehen haben. Der 4. Abschnitt in diesem Eingekandt hat etwas für sich. Zweifellos ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß hier und da auch einmal der Unternehmer Vorteil aus dem Bezirksvertrag schlagen würde. Doch gerade unser Verlangen zeigt ja, daß auch der Reichsvertrag solche Möglichkeiten in sich birgt. Nach unserem Erachten trägt der letztere noch andere Gefahren in sich. Es sei mir gestattet, in diesem Zusammenhange auf den Verschmelzungsartikel in Nr. 42 der „Ameise“ einzugehen. In der Mitte der 4. Seite bemerkt der Besprecher der Auslassungen Grünzels, daß er die Gründe gegen eine Verschmelzung mit den Glasarbeitern darin erblickt, daß das Unternehmertum dieser Industrie zu wenig liiert sei mit unseren Konzernen. Hieraus kann ich nur entnehmen, daß man es für zweckmäßiger hält, bei Differenzen die Arbeitgeberschaft auf der ganzen Linie wider sich zu haben, was beim Reichslohnabkommen, wenn es abgelehnt wird, unbedingt die Folge sein muß. Diese Erfahrung mußten wir erst im vorigen Herbst machen. Klar ist mir ja, daß die Entscheidung unsererseits für Bezirksarife noch lange nicht den geschlossenen Unternehmerverband beseitigt, was nicht einmal in unserer Absicht liegen kann, denn wir haben von jeher Verhandlungen von Organisation zu Organisation für vorteilhafter gehalten, als dieselben mit Außenseitern. Aber auch die Arbeitgeberschaft muß die Oeffentlichkeit in ihre Kalkulation einstellen, wenn sie ihren Kollegen zu Hilfe kommen will. Es würde Kopfschütteln auslösen, wollten beispielsweise die Thüringer Unternehmer ihren sächsischen Kollegen durch eine Aussperrung beispringen, wenn sie gar nicht am Vertrage beteiligt sind. Meines Erachtens ist die Möglichkeit, Forderungen bezirksweise durchzudrücken, eher gegeben, als in einem allzu großen Kreise. Freilich dürfte der Zustand nicht Platz greifen, daß fortgesetzt sämtliche Bezirke ihr Eisen im Feuer haben möchten. Ein gewisses System müßte unbedingt in die Sache gebracht werden. Man komme mir nicht und sage, da machst du die Rechnung ohne die Unternehmer. Diese sehen in beiden Fällen unseren Forderungen den ihnen angebrachten Widerstand entgegen.

Der Kollege geht dann speziell auf die Dresdener Verhältnisse ein und redet uns recht väterlich zu, indem er sagt, ihr seid ja an der Spitze gewesen, ihr müßt arbeiten, so wie wir, und nicht durch euer partii. Tariftisches Verhalten das Wohl von 68 000 Mitgliedern aus dem Auge verlieren um euer Schäfchen zu scheren. Kollege, gearbeitet wird hier; das beweist zur Genüge, daß wir ganz ansehn-

liche Leistungszuschläge auf unsere tariflichen Mindestlöhne aufzuweisen haben. Nun kommt aber die Sache, um die es sich dreht. Auch hier gibt es wie überall Betriebe, deren Leiter so hartgesotten sind, die, da sie nicht gut ganz um diese Zuschläge herumkommen konnten, dieselben im Hinblick auf die steigende Geldwertung so lächerlich gering bemessen haben, daß von Leistungszulagen oder Mehrlohn überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann. Wir haben einen Betrieb im Bezirk, wo drei Organisationen die Löhne ihrer Mitglieder regeln. Während alle in unserer Produktion Tätigen unsere Gewerkschaft angehören, ist dies bei der Osenfabrikation nicht der Fall. Die Hilfsarbeiter dieser Sparte sind anderweitig organisiert. Die Tätigkeit dieser Arbeiter unterscheidet sich durch nichts von der unserer Kollegen. Ersteren sind aber die Hände nicht durch reichstarifliche Regelung ihres Lohnverhältnisses gebunden, und so erleben wir das Schauspiel, daß innerhalb eines Betriebes für ein und dieselbe Arbeit, wenn sie von verschiedenen Arbeitern getan wird, die krasssten Lohnunterschiede bestehen. Damit man uns aber nicht komme mit Redensarten wie: da müßt ihr eben die Leistungszuschläge erhöhen zum Ausgleich, will ich dazu bemerken, daß nach dieser Richtung schon das Menschenmögliche getan worden ist. Der Unternehmer hat sich nicht geschämt, den Betroffenen zu erklären: schließt euch einer anderen Organisation an, und wir werden das zahlen müssen, was mit derselben vereinbart ist. Unsere Arbeit ist es, wenn die Kollegen bis heute noch nicht auf diese Redensarten hineingefallen sind. Wie lange wird das unsere Beredsamkeit vermeiden können? Solche Verhältnisse können sich innerhalb eines Betriebes bilden; wieviel schlimmer es von Industrie zu Industrie aussieht, werden auch Kollegen außerhalb des sächsischen Bezirkes erfahren haben. Noch überall in Sachsen, wohin wir blicken, leiden die Kollegen an denselben mißlichen Umständen. Auf die Gefahr hin, den Gegnern der bezirklichen Regelung Waffen in die Hände zu liefern, möchte ich durch ein sprechendes Beispiel den Beweis liefern, wie verschieden noch gegenwärtig die Verhältnisse in den Bezirken gelagert sind. Während die Bezahlung der Zeitlöhner unseres Berufes in Sachsen überall weit hinter der der Textilindustrie herhinkt, versuchen die Arbeiter der letzteren, durch Streik die Höhe unseres Tarifes in Schlesien erst zu erreichen. Um falschen Schlüssen vorzubeugen, gestatte ich mir zu bemerken, daß der Textilarbeiterverband bestimmt dort auch gearbeitet hat, damit er seinen Mitgliedern das brachte, was nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Bezirk notwendig erschien. Wenn ich aber der Kollegenschaft im Reiche die Tatsache unterbreiten muß, daß ein Maler im Dresdener Genre im Durchschnitt die Löhne der chemischen Industrie, von den Bauhilfsarbeitern gar nicht zu reden, nicht erreichen kann — nicht vergessen darf hierbei werden, daß unsere Leute im Nord arbeiten — wird sie mir zugeben müssen, daß die Rechnung der Befechter der reichstariflichen Regelung ein Loch haben muß.

Resümierend komme ich zu dem Schluß: für den Reichstarif spricht es, daß er uns die Gewähr bietet, daß die Arbeiterschaft einer Industrie im ganzen Reichsgebiet unbedingt tariflich erfasst wird. Gegen ihn, er erlaubt dem Unternehmer, bei besonders ungünstig gelagerten Verhältnissen in einigen Bezirken sein Schema aufzunötigen. Während bei bezirklichen Verhandlungen der in Anspruch genommene Unparteiische das wirtschaftliche Leben um sich herum unbedingt ins Auge fassen muß, ist bei Verhandlungen über das ganze Reich, besonders dann, wenn die Verhandlungen in einem wirtschaftlich zurückgebliebenen Lande stattfinden, diese Gewähr nicht geboten. Daß dies kein Trugschluß unsererseits ist, hat uns Coburg und Nürnberg erwiesen. Die Arbeitgebervertreter werden eine andere Sprache führen müssen, wenn sie einen im Bezirk eingestandenen Vertreter der Arbeiterschaft vor sich haben. Schrecklich ist auch die Möglichkeit geboten, bei ganz unzureichenden Zugeständnissen die Kollegen selbst sprechen zu lassen. Es kommt mir in den vorstehenden Ausführungen besonders darauf an, der Kollegenschaft zu zeigen, daß auch wir hier am Platze in erster Linie der Organisation dienen wollen. Wir sind der Auffassung, daß wir allen unberechtigten Kritiken innerhalb der Mitglieder entgegenzutreten haben, aber den berechtigten Stern herauschälen müssen.

Das letzte Abkommen in Coburg zeigt leider auch die Tendenz des Nürnberger Vernages. Da wir uns für das kommende Tarifjahr mit dem Gegebenen abfinden müssen, wollen wir gern gestehen, daß uns der neu eingeschlagene Weg vorerst ganz gut gefallen hat. Die frühere Klasse 1, jetzt A, soll mit 100 Einheiten zum Grundstod unserer Lohnpolitik werden. Das ist nach meinem Erachten unbedingt so aufzufassen, daß die Vertreter solcher Orte die künftigen Vereinbarungen zu treffen haben. Wenn von unserer Seite die ernannte Tariffkommission diese Arbeit erledigt, so scheint mir dies sehr angebracht. Unsere Vertreter werden aber beim Arbeitgeberverband darauf bestehen müssen, daß von deren Seite

nicht die Vertreter der Klasse C die Verhandlungen von ihrem Gesichtspunkt aus betreiben. Die Arbeitgeberseite hat dem Prinzip, daß die Löhner sich annähernd gleichmäßig auswirken, zugestimmt, indem sie die in München getroffene Vereinbarung annahm, und sie muß natürlich, zumal sie ja in ihren Syndicats das Sicherheitsventil besitzt, dem in der entsprechenden Form nachkommen.

Wenn ich mir in meinen zur Frage Reichs- oder Bezirkstarife erfolgten Ausführungen die günstige Auswirkung besonders der letzteren für unsere Zeittöchner gedacht habe, so muß ich mir doch gestatten, zu bezweifeln, ob man durch eine Lohnumstellung den Zeittöchtern mehr nützt, als den Altordarbeitern schadet. Die von Zeit zu Zeit erfolgten Lohnumstellungen haben es zuwege gebracht, daß der Altordarbeiter, besonders der im Einzelaktord beschäftigte, aus seinen Knochen immer mehr und mehr herauszuwirtschaften suchte. Ich erlaube mir die Bemerkung, daß man hierdurch, gewollt oder ungewollt, anfängt, der Altordarbeit das Grab zu graben. Ueber kurz oder lang werden auch die harthörigsten unserer Kollegen merken, wohin die Reise geht, und wir haben zu allen anderen Fragen, die unsere Gemüter erregen, noch eine neue.

Das alles kann und darf uns aber nicht abhalten, unseren Weg, die arbeitenden Massen zu Gewerkschaftlern zu erziehen, weiter zu verfolgen. Entgegen den Ausführungen des Kollegen G. S. bin ich der Ueberzeugung, daß das sachliche Austragen von unterschiedlichen Meinungen nicht zum Schaden, sondern zum Nutzen des Verbandes dienen muß. Oder meint der Kollege, daß es gut sei, an Fragen, die die Kollegenschaft innerhalb der Bezirke auf das Intenstivste beschäftigen, vorbeizugehen zu sollen? Zwar hat einer unserer größten Denker einst gesagt: „Gruß ist alle Theorie“, aber alle, die auf den verschiedensten Gebieten aufbauend wirken, sind einsichtig genug, zu gestehen, daß alle Praxis erst entstehen konnte auf Grund der theoretischen Vorarbeiten. So und nicht anders muß auch in unserem Verbands gearbeitet werden.

Paul Mierstche.

Ein sonderbares Oberschiedsamt-Urteil.

Ein Schiedspruch regelte ab 1. August für die fein. eramiische Industrie die Lohnverhältnisse. In dem Spruch ist auch eine Abgeltung in unterschiedlichen Höhen für die Arbeiter und Arbeiterinnen festgelegt. Der Absatz im Schiedspruch lautet:

„Anspruch auf die Abgeltung haben nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die bereits am 1. Juli 1922 im Betrieb beschäftigt waren und am 31. Juli noch beschäftigt sind. Für diejenige Zeit vom 1. bis 31. Juli jedoch, für die ein Lohnanspruch nicht bestand, findet ein entsprechender Abzug von der Abgeltung statt. Ausgenommen von dieser letzteren Bestimmung sind Krankheitsfälle.“

Der Wortlaut ist klar. Der Vorsitzende und drei Beisitzer des Schiedsgerichts sowie unsere Kollegen und wir selbst waren einer Meinung, und zwar der, daß die festgelegte Abgeltung allen den Kollegen und Kolleginnen zugute kommen werde, die vor dem 1. Juli im Betriebe waren und zwischen dem 1. und 31. dort austreten, da die Abgeltung ja ein Teil ihres verdienten Lohnes ist. Die Unternehmer hatten eine andere Auffassung. Sie legten den Absatz so aus, daß ja die zwischen dem 1. und 31. Juli Austretenden nicht mehr am 31. im Betriebe seien und deshalb keinen Anspruch mehr auf die Abgeltung hätten. Wir mußten, weil die Unternehmer nicht zahlten, beim Oberschiedsamt in Nürnberg Klage einreichen, um die zu Unrecht zurückgehaltene Abgeltung für die betroffenen Kollegen und Kolleginnen herauszuholen. Das Oberschiedsamt fällt in dieser Sache ein Urteil, das aber zu ungunsten unserer Anschauung ausfiel.

Der Spruch des Oberschiedsamtes ist wert, daß wir ihn der Öffentlichkeit übermitteln. Er besagt:

„Die Lohnabgeltung aus dem Coburger Schiedspruch vom 27. Juli 1922 zu Ziffer 1 ist denjenigen Arbeitern und Arbeiterinnen, die zwar am 1. Juli 1922 im Betrieb beschäftigt waren, aber am 31. Juli nicht mehr beschäftigt waren, überhaupt nicht, also nicht anteilmäßig zu gewähren. Dagegen ist sie denjenigen, die noch nicht am 1. Juli 1922 im Betrieb beschäftigt waren, aber sodann am 31. Juli 1922 darin beschäftigt waren, anteilmäßig nach der Anzahl ihrer Beschäftigungstage im Juli zu gewähren. Begründung: Nach dem Wortlaut der Ziffer 1, Absatz 3 des erwähnten Schiedspruches haben Anspruch auf die Abgeltung nur die Arbeiter und Arbeiterinnen, die bereits am 1. Juli 1922 im Betriebe beschäftigt waren und am 31. Juli noch beschäftigt sind. Im zweiten Satz dieses Absatzes wird sodann ein Abzug an der Abgeltung für diejenige Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Juli geregelt, für die ein Lohnanspruch nicht bestand. Der Streit erstreckt sich darauf, ob Satz 2 nur solche Fälle umfaßt, bei denen

die Beschäftigung sowohl am 1. wie auch am 31. Juli bestanden hat oder auch weitergehend diejenigen Fälle, bei denen sie nur am 1. oder nur am 31. Juli bestanden hat, aber bereits im ersteren Falle vor dem 31. Juli beendet, im letzteren Falle erst nach dem 1. Juli angetreten war. Es besteht hier ein nicht ganz klares Verhältnis dieses zweiten Satzes zu dem ersten Satz. Das Oberschiedsamt ist der Auffassung, daß der zweite Satz nicht diejenigen Fälle mit umfaßt, bei denen zwar am 1., aber nicht mehr am 31. Juli die Beschäftigung bestand, da es nicht als Absicht der Parteien nach Lage der Umstände angesehen werden kann, auch den bereits vor dem Stichtag, d. h. dem 31. Juli, Ausgeschiedenen noch die Abgeltung zukommen zu lassen. Andererseits ist es aber der Auffassung, daß dieselbe Erwägung dafür spricht, denjenigen, die an diesem Stichtage im Betriebe beschäftigt waren, trotz des scheinbar entgegenstehenden Wortlautes des ersten Satzes die Abgeltung auch dann zukommen zu lassen, wenn sie erst nach dem 1. Juli eingetreten waren. Dabei befindet sich das Oberschiedsamt auch im Einklang mit dem Gedankengang des Dresdener Lohnabkommens vom 5. Januar 1922 unter Ziffer 2, Schlußabsatz.“

Das ist ein langer, unklarer Wortschwall und ein unverständlicher Spruch. Und zwar deshalb unverständlich, weil dieser recht wunderbaren Auffassung des Oberschiedsamtes die entgegengesetzte Meinung des Coburger Lohnschiedsamts-Vorsitzenden und des einen Arbeitgeberbeisitzers, sowie der beiden Arbeitnehmerbeisitzer gegenübersteht. Ein Arbeitgeberbeisitzer und ein Arbeitnehmerbeisitzer vom Coburger Lohnschiedsamt gaben diese ihre Auffassung persönlich als Zeugen vor dem Oberschiedsamt kund und die des unparteiischen Vorsitzenden lag schriftlich vor. Sie besagte, daß die Abgeltung erhalten sollen, die zwischen dem 1. und 31. Juli in einen Betrieb eintreten oder ihre Stelle aufgeben, wie ja auch jeder klar denkende Mensch aus dem zitierten Absatz des Coburger Lohnabkommens entnehmen muß; denn es ist ja verdienter Lohn.

Unsere Oberschiedsamtsbeisitzer wehrten sich mit allen Mitteln gegen die im Spruch niedergelegte Auslegung, sie konnten jedoch nichts erreichen. Sie gaben letzten Endes ihre Zustimmung nur deshalb, weil in dem Schiedspruch wenigstens an die gedacht war, die im Lohnschiedspruch leer ausgegangen waren. Hätten sie sich ganz ablehnend verhalten, so wäre auch für diese Kollegen und Kolleginnen nichts herausgekommen und die Unternehmer hätten alles Geld in ihrer Tasche gehabt, das eigentlich heute noch den betroffenen Kollegen gehört.

Das nennt man Recht gesprochen trotz der gegenteiligen Meinung von Mitgliedern eines fünfgliedrigen Schiedsamtes.

Historischer Materialismus und politische Praxis.

Von Paul Täumel, Halle.

Eine der wertvollsten Gaben, die uns Marx und Engels in den Werken ihres Lebens hinterlassen haben, ist der historische Materialismus oder, wie ihn die Jetztzeit mit Vorliebe nennt, die ökonomische Geschichtstheorie. Wissenschaftler, die parteipolitisch stark bürgerlich engagiert sind, schimpfen zwar recht gewaltig auf diese Theorie, sie lassen keinen Raum für das Wirken machtvoller Ideen und machtvoller Persönlichkeiten, man kann aber höchst vergnüglich verzeichnen, daß auch sie, wenn sie einmal ernsthafte wissenschaftliche Arbeit leisten, oft genug die Grundsätze der ökonomischen Geschichtsauffassung anwenden.

In der Arbeiterbewegung ist das Verhältnis zwischen der Erkenntnis, die ihr diese Geschichtsauffassung gibt, und der politischen Praxis, die sie betreibt, nicht immer ein klares. Kritisch höchst ernsthaft und bedeutsam für die Arbeiterklasse ist das Kapitel zu behandeln, wenn Politiker, die sich bei jeder Gelegenheit als die strengsten Marxisten bezeichnen, die ökonomische Geschichtsauffassung in ihrer politischen Praxis nicht nur ignorieren, sondern geradezu in das Gegenteil umkehren.

In ihrem Kernpunkt besagt die genannte Marxsche Theorie: Das Primäre, das Bestimmende für den „ideologischen Ueberbau“ der menschlichen Gesellschaft — das ist: Staat und Staatsrecht, bürgerliches Recht, in weiterer Folge auch sittliche und religiöse, philosophische und künstlerische Anschauungen — ist der Produktionsprozeß, in dem alle für die menschliche Gesellschaft notwendigen Güter hergestellt werden. Je nachdem sich dieser Prozeß nach dem Stande der Technik, der Arbeitsteilung, der Klassenschichtung ändert, so wälzt sich in langsamerer oder schnellerer Folge der gesamte ideologische Ueberbau um. Eigenbewegungen in der Entwicklung der unter diesem Namen zusammengefaßten Einrichtungen und Anschauungen leugnet die ökonomische Geschichtsauffassung durchaus nicht; sie sind vorhanden, sie laufen nach ihr auch nicht immer parallel mit der ökonomischen Entwicklung, sie führen oft genug zu einem mehr oder weniger bemerkbaren Gegensatz zu

dieser, um letzten Endes sich aber doch ihr anpassen zu müssen. Auf Grund der Veränderungen in der ökonomischen Struktur der Gesellschaft werden neue Ideen, neue ethische Anschauungen geboren, die aber bei strenger Anwendung der ökonomischen Geschichtstheorie nur die Begleitmusik für die Veränderungen bilden, die letzteren durchaus nicht veranlassen oder in ihrem weiteren Verlauf bestimmen, sondern höchstens nur verständlicher machen können. Eine weitere logische Schlussfolgerung, bei strenger Anwendung der Theorie, wäre demnach, daß eine Umgestaltung des Produktionsprozesses durch Staatsmaßnahmen, durch Gesetze und Verordnungen, selbst wenn sie sich auf sicher scheinende politische, juristische, philosophische oder ethische Erwägungen stützen, eine Unmöglichkeit sei, denn diese Gesetze und Verordnungen, diese Erwägungen sind ja nicht das bestimmende Moment der Entwicklung. Die staatsrechtliche Maßnahmen, die juristische Formulierung, die sittliche Bewertung dieser Veränderungen hinkt ja erst hinterher.

Das Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln ist nach Marx die Ursache der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten, ist die Ursache der ungeheuren wirtschaftlichen und politischen Macht jener Klasse. Diese kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch die juristische Aufhebung des Privateigentums automatisch zu einer sozialistischen zu machen, ist ein Fehlschluß, ein Widerspruch gegen die Grundauffassung der ökonomischen Geschichtstheorie, denn dadurch würde die juristische Formel zum bestimmenden Moment in der Entwicklung gemacht werden. In der unlogischen Anwendung der ökonomischen Geschichtstheorie liegt einer der Hauptfehler der Sowjetexperimente in Ungarn und Rußland. Durch Gesetze und Verordnungen, also durch die Idee, wollten dort die Diktatoren die ökonomische Struktur der Gesellschaft ändern, zwar nach der Richtung der grundsätzlichen Forderungen der Arbeiter, aber doch wollten sie das sekundäre, das abhängige Moment in der Entwicklung zum bestimmenden machen.

Doch Anklänge an diese Auffassung findet man auch tausendfach in den Reihen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter. Erwarten sie doch richtunggebenden Einfluß auf die Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsform durch Gesetze und durch die Teilnahme an der Regierung. Und doch kann an Hand der Erkenntnis, die uns die ökonomische Geschichtstheorie gibt, dieser Einfluß nur sehr beschränkt sein und wird sich hauptsächlich nur darin äußern, die Eigenbewegungen in der Entwicklung des Staates, des Staatsrechts, der Rechtspflege usw., beizugeben und mit möglichst wenig Kraftaufwand zu korrigieren, damit diese nicht im Gegensatz und damit hindernd zu den Veränderungen in der ökonomischen Struktur der Gesellschaft treten.

Die Enttäuschung über diese geringe Bewertung des endlichen Erfolges des jahrzehntelangen politischen Kampfes der Arbeiterklasse braucht nicht zur Mutlosigkeit zu führen. An der Wiege des § 165 der Reichsverfassung, der Festlegung der Wirtschaftsdemokratie, stand nicht der erste mitteldeutsche Generalstreik im Februar und März 1919, sondern die intensive Gewerkschaftsarbeit vor diesem Datum, die millionenfachen Verhandlungen der gesetzlich nicht festgelegten, sondern selbständig entstandenen Kommissionen der Arbeiter in den Betrieben. Dort bildeten sich die Anfänge der Wirtschaftsdemokratie, wenn der Unternehmer aufgefordert, um die Arbeiterkommissionen verhandlungsmächtig zu machen, seine Statistiken und Kalkulationen aus dem Schreibtisch zog und auf die Konkurrenz hinwies, worauf die Arbeiter oft genug die niedrigere Dividendenverteilung der Konkurrenzfirma aus dem Handelsblatt nachwiesen und die Möglichkeit einer anderen Kalkulation unter Erhöhung der Löhne begründeten.

An der Wiege der „Expropriation der Expropriateure“ steht nicht die juristische oder staatsrechtliche Aufhebung des Privateigentums, sondern die sich ergänzende Zusammenarbeit der Arbeiter und Angestellten, die Erkenntnis der Einzelheiten und der Zusammenhänge des Produktionsprozesses, die souveräne Beherrschung desselben durch sie. Damit werden sie dem Kapitalisten das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln aus der Hand. Die staatsrechtliche Festlegung dieser Veränderung in der ökonomischen Struktur folgt erst darauf.

Die Teuerung in Zahlen.

Infolge der ungeheuren Preissteigerung im Laufe des Oktober waren die Kosten des Existenzminimums in der zweiten Oktoberhälfte besonders hoch: sie waren fast 1½mal so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte, fast doppelt so hoch wie im September und etwa 23mal so hoch wie im Oktober 1921.

Nationales Brot kostete 111mal soviel wie vor neun Jahren, Milch 297mal soviel, Kartoffeln 300mal soviel, Briketts 319mal soviel, Zucker 375mal soviel, Bohnen und Erbsen 450mal soviel, Margarine

500mal soviel, Reis 545mal soviel, Gas 547mal soviel, Speck 620mal soviel, Brot im freien Handel 706mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	Mk.	Mk.	Mk.
Ernährung	1512	2565	3394
Wohnung	89	89	89
Heizung und Beleuchtung	612	612	612
Bekleidung	1147	1911	2676
Sonstiges	1059	1637	2150
2. Oktoberhälfte 1922	4369	6764	8871
1. Oktoberhälfte 1922	2998	4631	6136

Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für einen alleinstehenden Mann 227 900 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 352 350 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 462 750 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur zweiten Oktoberhälfte 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann auf das 260,8fache, für ein kinderloses Ehepaar auf das 308,8fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern auf das 308,0fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der zweiten Oktoberhälfte etwa 1/10 Pf. wert.

Bermischtes.

20 Goldmark = 13 000 Papiermark. Der Anlauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgte in der Woche vom 30. Oktober bis 5. November zum Preise von 13 000 Mk. für ein 20-Markstück, 6500 Mk. für ein 10-Markstück. Für ausländische Goldmünzen wurden entsprechende Preise gezahlt. Der Anlauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgte vom 30. Oktober ab bis auf weiteres zum 350fachen Betrage des Nennwertes.

Die deutsche Steinkohlenförderung. Im September förderten die Bergarbeiter in Deutschland 10,16 Millionen Tonnen Steinkohlen gegen 10,21 im August; an Braunkohlen waren es 11,82 Millionen Tonnen gegen 12,15 im August. An Koks wurden 2,47 gegen 2,57 Millionen Tonnen im August erzeugt. Für die ersten ¾ Jahre lauten die entsprechenden Ziffern (in Klammer für 1921): 99,07 (100,6; 101,31 (90,92); 22,03 (20,76). Die Zahlen verzeichnen einen Rückgang der Förderungen, woraus für unsere Volkswirtschaft ein Schaden entsteht. Es wäre wichtig, einmal zu erfahren, welchen Anteil die Unternehmer durch Verschämnisse und Fahrlässigkeiten an dem Ausfall der Kohlenförderung haben.

Die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft wird illustriert durch die große Verschiedenheit, die die Teuerungszahl in den verschiedenen Städten hat. Da ist die Zahl, dem „Reichsarbeitsblatt“ zufolge, z. B. größer in einer kleinen Stadt als in einer großen und in den Städten mit gleicher wirtschaftlicher Struktur und Größe verschiedenartig. Während Breslau z. B. im September (1913/14 = 100) eine Teuerungszahl von „nur“ 9414 aufweist, hat Berlin 10 347, ebenso Leipzig 10 667, Stuttgart 10 727 und Mannheim 10 963, dagegen Hamburg 12 018, Frankfurt 11 652, Bremen 12 393 und Erfurt 12 989. Es gibt nicht nur die bekannten Ortsklassen, sondern innerhalb der Klassen die verschiedensten Abstufungen, gerade wie der Zufall der kapitalistischen Wirtschaft es will. Am meisten sind nach jenen Septemberzahlen des „Reichsarbeitsblattes“ die Ausgaben für Bekleidung gestiegen. Sie weisen gegen den Vormonat eine Steigerung um 107 Proz. auf.

Deutsche Zudererzeugung 1922. Eine Umfrage des Vereins der deutschen Zuderindustrie hat ergeben, daß die Zuderernte auf 98,79 Millionen Doppelzentner, die Rohzudererzeugung auf 15,58 Millionen Doppelzentner und die Verbrauchszudemenge auf 14,02 Millionen Doppelzentner geschätzt wird. Die Verbrauchszudemenge ist rund 2½ Millionen Doppelzentner höher als im Vorjahre. Hoffentlich bewirkt die jetzt wieder eingeführte Zuderzwangswirtschaft Preise, die sich erschwingen lassen; aber auch Nationen, die für die Familien reichen. Zucker ist ja nach den Angaben der Fachleute genügend für die deutsche Bevölkerung vorhanden.

Goldlöhne? Herr Stinnes hat in seiner „Deutschen allgemeinen Zeitung“ als Anzeigenpreis 20 Goldpfennige für die Zeile festgesetzt!

Die werftätige Bevölkerung in den Vereinigten Staaten. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Erhebungen des Zählungsamts wurden für 1920 insgesamt 33 059 793 männliche und 8 549 399 weibliche oder insgesamt 41 609 192 Personen von mindestens zehn Jahren festgestellt, die einer gewinnbringenden Beschäftigung nachgehen, d. i. etwa die Hälfte der gesamten Bevölkerung in diesem Alter. Die Verteilung der genannten Zahlen auf die einzelnen Berufe ergibt folgendes Bild:

	Männer	Frauen	Insgesamt
Land- und Forstwirtschaft, Viehzucht	9 867 000	1 084 074	10 951 074
Gewinnung von Mineralien	1 087 357	3 497	1 090 854
Oeffentliche Dienste	748 716	22 404	771 120
Fabrik- und Maschinenbau- gewerbe	10 881 637	1 931 064	12 812 701
Handel	3 574 435	669 919	4 244 354
Transportgewerbe	2 852 043	214 262	3 066 305
Freie Berufe	1 136 157	1 016 307	2 152 464
Haus- u. persönliche Dienste	1 216 151	2 184 214	3 400 365
Bureauberufe	1 696 297	1 423 658	3 119 955
Insgesamt	33 059 793	8 549 399	41 609 192

Die Zahl der gewinnbringend beschäftigten Frauen hat im Vergleich zu den Männern etwas abgenommen. Der Rückgang ist in fünf von den neun großen Gruppen wie folgt:

Landwirtschaft	4,4 Proz.
Haus- und persönliche Dienste	2,9 "
Fabrik- und Maschinenbaugewerbe	2,0 "
Gewinnung von Mineralien	0,8 "
Oeffentliche Dienste	0,1 "

In vier anderen Gruppen ist sie, wie folgt, gestiegen:

Bureauberufe	11,4 Proz.
Freie Berufe	3,1 "
Transportwesen	3,0 "
Handel	2,9 "

Internationale Annäherung.

Die sogenannten parteipolitisch und religiös neutralen, sich aber auch sehr national gebärdenden Gewerkschaften der verschiedenen Länder bahnen nun auch eine Internationale an. In Deutschland kommt dafür der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände in Frage, in dem die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften den Ton angeben. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, hielt die entscheidende gewerkschaftliche Spitzenorganisation für Holland, der Allgemeine Niederländisch Walverbond, am 13. Oktober in Utrecht ihre Verbandskonferenz ab, an der als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsringes Gustav Schneider und Lewin teilnahmen, auch Vertreter der englischen Gewerkschaften waren anwesend. Die Gründung eines internationalen Kartells ist beabsichtigt.

Es wäre noch besser, die Eigenbrötler würden sich endlich einmal dazu herbeilassen, ihre Sonderbündelei aufzugeben und die Organisation auf zentraler Grundlage in Verbindung mit den freien Gewerkschaften betätigen.

Gewerkschaftliches.

Ein Geschenk der schwedischen Gewerkschaften. Sofort nach dem Kriege wurde dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund von einem Konsortium, bestehend aus vier schwedischen Banken, für eine Zeit von zwei Jahren eine Anleihe von zwei Millionen Kronen gegeben. Der Schwedische Gewerkschaftsbund bürgte für die Anleihe. Das Geld wurde für den Einkauf von Lebensmitteln und Kleidern gebraucht. Als der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die Summe später zurückzahlen wollte, war es ihm unmöglich, mehr als 1 400 000 Kronen aufzubringen, infolgedessen mußte der Schwedische Gewerkschaftsbund den Restbetrag von 600 000 Kronen zahlen. Bei den gegenwärtigen schlechten Valutaverhältnissen repräsentiert diese Summe über 200 000 000 Mk., und es ist selbstverständlich, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund diesen Betrag nicht beschaffen konnte. Der Vorsitzende des Schwedischen Gewerkschaftsbundes, Thorberg, erinnerte auf dem Kongreß der schwedischen Gewerkschaften, der vom 28. August bis 4. September in Stockholm stattfand, daran, daß die Deutschen während des Generalstreiks im Jahre 1909 den schwedischen Arbeitern 1 250 000 Kronen gegeben hatten wie auch eine Anleihe von 500 000 Kronen, die zurückgezahlt worden sind. Im Namen des Vorstandes forderte er darum den Kongreß auf, als Gegengabe für die Hilfe der deutschen Arbeiter im Jahre 1909 ihnen die 600 000 Kronen zu erlassen. Mit überwältigender Mehrheit wurde der Vorschlag Thorbergs angenommen.

Zur Eisenbahn-Literatur. Das Organ des Deutschen Eisenbahnerverbandes, „Deutscher Eisenbahner“, erschien bisher wöchentlich einmal achteilig. Das Blatt mußte wegen der hohen Papierpreise seinen Umfang von 8 auf 4 Seiten vermindern. Wenn die Papierpreise im Tempo der letzten Monate so weiter in die Höhe gehen, müssen wohl sämtliche Gewerkschaften den Umfang ihrer Organe einschränken oder deren Preis anspannen erweitern.

Die Internationale der russischen Bauarbeiter. Der russische Bauarbeiterverband, der im Jahre 1911 in Wien stattfand, wurde eine Resolution angenommen, die in Uebereinstimmung mit dem vom Internationalen Gewerkschaftsbund auf seinem zweiten Kongreß in Rom angenommenen Beschluß, daß der russische Bauarbeiterverband so lange nicht in die Bauarbeiterinternationale aufgenommen werden darf, als er der Roten Gewerkschaftsinternationale angehört. Das Sekretariat soll aber durch gegenseitigen Austausch von Meinungen und Erfahrungen

über die Verhältnisse in den einzelnen Ländern eine Verbindung mit den Russen aufrechterhalten. Vertreter des allrussischen Bauarbeiterverbandes dürfen künftig an den allgemeinen Tagungen der Bauarbeiterinternationale teilnehmen. Die Konferenz hielt es im Interesse regerer Zusammenarbeit für wünschenswert, „daß der Internationale Sekretär persönlich nach Rußland reist und die wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Verhältnisse erforscht und den ange-schlossenen Verbänden darüber berichtet.“

(„Arbeiterzeitung“, 6. Oktober 1922.)

Den Anschluß abgelehnt. An der vom 16. bis zum 24. September vorgenommenen Abstimmung der Dachdecker über den Anschluß an den Baugewerksbund beteiligten sich 7105 Mitglieder = 55 Prozent. Von diesen stimmten für den Anschluß 3173, dagegen 3910. Der Rest der Stimmen war ungültig.

Von der Porzellanindustrie.

Preiserhöhung. Die Vereinigten Porzellan-Isolatorenwerke, G. m. b. H. in Berlin (Hochspannungs-Isolatoren-Syndikat), erhöhen ab 1. November den Feuerungszuschlag auf 2500 Proz. Die neuen Preise haben Gültigkeit für die erste Novemberhälfte. Der Verband Deutscher Elektrotechnischer Porzellanfabriken hat die Preise für Niederspannungsmaterial aus Porzellan und Steatit ebenfalls ab 1. November von 1600 auf 2500 Proz. erhöht.

Die Porzellangeschirrfabrikanten haben den Multiplikator von 19 auf 28 erhöht, das bedeutet eine Preiserhöhung von ganz erheblichem Maß. Die Fabrikanten lassen aber sehr vorsichtig sagen, daß es keine Preiserhöhung, sondern nur eine Nichtigstellung der Preise sei. Wir werden uns das Wort auch merken und künftig unsere Forderungen nur auf Nichtigstellung der Löhne einrichten. Die „Nichtigstellung“ der Verkaufspreise mit dem genannten Multiplikator von 28 ist nach den Ausführungen eines Porzellanhändlers eine 1150-fache Erhöhung gegen die Friedenspreise. Die Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen hinten mit ihren Löhnen noch weit hinter den Verkaufspreisen her, die für die Exportartikel noch bedeutend höher sind, als die für deutsche Artikel mit dem Multiplikator 28, der sogar 32,4 sein sollte.

Auch die Luxusporzellanfabriken haben ihre Preise inzwischen „richtig gestellt“, aber in welcher Höhe, können wir noch nicht sagen. Wichtig ist, daß in der Sitzung der Fabrikanten und Händler zugestanden wurde, daß man niemand verdenken könne, wenn versucht werde, dem Zusammenbruch zu entgehen. Das ist der richtige Grundsatz: Rette sich, wer kann, wenn auch die deutsche Wirtschaft zugrunde geht.

Personalwechsel. In der Gesellschaft Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., sind anscheinend große Unstimmigkeiten entstanden, denn es ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates zurückgetreten und ein Vorstandsmittglied ausgeschieden. Der Grund dazu waren Differenzen innerhalb der Verwaltung. Vor kurzem ist auch schon eine Aenderung in dem Betrieb Fraureuth vollzogen worden. Der Sozialdirektor, Regierungsrat a. D. Dr. Furbach, hat seine Stelle niedergelegt und übernahm die des stellvertretenden Reichsbevollmächtigten der Außenhandelsnebenstelle für Rußland.

40 Proz. Dividende. Die Annaburger Steingutfabrik, die jetzt die Steingutfabrik Karl Untucht in Magdeburg auf 15 Jahre, nicht auf 10, wie berichtet wurde, gepachtet hat, verteilt nach Beschluß der Generalversammlung 40 Proz. Dividende. Die Beschäftigten der beiden Werke ist nach der Mitteilung der Direktion gut. Es liegt ein Auftragsbestand vor, der auf fünf volle Monate Beschäftigung gewährleistet.

Ein glänzendes Geschäft. Die Porzellanfabrik Lorenz Guttschenreuther, A.-G., in Selb hat wieder ein glänzendes Geschäft gemacht. Sie kann auf Vorschlag 60 Proz. — im Vorjahre 40 Proz. — Dividende verteilen, und zwar auf das erhöhte Stammkapital. Das ist, um mit Dr. Vershofen zu reden, ein ganz respektables Kettpolster, das sich die Aktionäre zulegen. Hoffentlich kommt es bei Krisenzeiten auch der Industrie, wozu ja auch die Arbeiter gehören, zugute. Nach Mitteilungen des Vorstandes sind die Aufträge in allen Abteilungen noch sehr umfangreich und gewährleisten für die nächsten Monate ausreichend Beschäftigung. Ueber die Zukunft könne noch nichts gesagt werden.

Auch annehmbarer Verdienst. Die Porzellanfabrik G. & A. Müller, Schönwald, schlägt eine Dividende von 30 Proz. gegen 20 Proz. im Vorjahre vor.

Was G. M. Guttschenreuther verdient.

Der Abschluß der G. M. Guttschenreuther-A.-G. in Hohenberg weist nach Abschreibungen von 5 910 Mill. Mk. (i. V. 0,37) einen verteilbaren Ueberschuß von 4,99 Mill. Mk. (0,6) aus, woraus 825 000 Mk. (—) dem Spezialreservofonds übermiesen werden sollen, während auf das erhöhte Stammkapital 25 Proz. (20 Proz.) Dividende bezahlt werden sollen. Für das neue Jahr liegen nach Angaben der Verwaltung zwar reichliche Aufträge zu freibleibenden Preisen vor, in-besseren sei abzuwarten, ob der Markt die Waren zu den jetzigen und durch die stetig steigenden Produktionskosten auch weiter steigenden Preisen abnehmen werde.

Die im Vorjahre mit 15 Mill. tschechischen Kronen Kapital gegründete Gesellschaft Altrohauer Porzellanfabrik, A.-G. in Karlsbad deren Hauptaktionär die G. M. Guttschenreuther-A.-G. ist hatte im zweiten Halbjahr infolge des Steigens der tschechischen Krone einen empfindlichen geschäftlichen Rückschlag zu verzeichnen. Es wurde nur ein Gewinn von 1,51 tschechischen Kronen erzielt, wovon zu Abschreibungen 748 000 tschechische Kronen benötigt wurden. Es sollen 600 000 tschechische Kronen zur Auszahlung von 4 Proz. Dividende dienen.

Ausdehnungsbestrebungen.

Nach der „Frankfurter Zeitung“ genehmigte die Generalversammlung der Porzellanfabrik G. M. Guttschenreuther, A.-G. in Hohenberg a. d. Eger, 5 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien und 25 (20) Proz. auf die Stammaktien, nachdem die Verwaltung der Be-

anstandung einiger für eine höhere Dividendenausüttung eintretenden Aktionäre entgegengestellt hatte, daß die 325 000 Tschechoslovenen, die der Gesellschaft als Dividende auf ihren Altrohlauser Aktienbesitz zugefallen sind, erst im laufenden Jahr buchmäßig in Erscheinung treten. Naturgemäß sei der Zeitwert dieser Dividendenausüttung mit ungefähr 43 Mill. Mk. beträchtlich, aber das große Programm der Gesellschaft erfordere doch noch eine weitere kapitalistische Stärkung. Mit der bereits in engerer Beziehung zur Sachsenwerk-A.-G. stehenden Kuhnert-Turbowerke, A.-G. in Meißen sei ein Abkommen getroffen worden, wonach 3,3 Mill. Mk. von dem 6 Mill. Mk. betragenden Aktientkapital der Meißener Gesellschaft von der E. M. Hutschenreuther-Gesellschaft erworben werden, und zwar im Aktienumtausch, wobei auf je drei Turbo-Aktien eine E. M. Hutschenreuther-Aktie gewährt wird. Die Kuhnert-Turbowerke spezialisieren in Riegelei- und keramischen Maschinen und sollen künftig in der Hauptsache den großen Bedarf des gesamten Hutschenreuther-Konzerns decken. Darauf wurde die Kapitalserhöhung von 14 auf 25 Mill. Mk. beschlossen in der Weise, daß zunächst nur 7 Mill. Mk. voll dividendenberechtigten Aktien ausgegeben werden sollen, und zwar 4,7 Mill. Mk. zu 475 Proz. an Gebr. Arnhold-Dresden-Berlin, die zu 500 Proz. den Stammaktionären ein Bezugsrecht im Verhältnis von 3 zu 1 anzubieten haben. (Auch die gegen Turbo-Aktien einzutauschenden E. M. Hutschenreuther-Aktien haben noch Anteil an diesem Bezugsrecht.) Ferner übernehmen Gebr. Arnhold 2,3 Mill. Mk. der neuen Aktien zu 100 Proz. mit der Verpflichtung, 1,2 Mill. Mk. für andere noch schwebende Projekte bis 30. Juni 1923 zur Verfügung der Gesellschaft zu halten und 1,1 Mill. Mk. zum Umtausch von Turbo-Aktien zu verwenden. Die später auszugebenden 4 Mill. Mk. neuen Aktien werden ebenfalls besonderen Zwecken dienlich gemacht werden. Ferner wurde beschlossen, in Berücksichtigung des unberechenbar hohen inneren Wertes der E. M. Hutschenreuther-Gesellschaft jeder Ueberfremdungsgefahr die Spitze zu bieten und das Stimmrecht der Vorzugsaktien auf das 18fache (bisher 10fache) zu erhöhen. Generaldirektor Hubera konnte mitteilen, daß sämtliche Abteilungen bisher gut beschäftigt seien, und daß man sich mit dem Verkauf so eingestellt habe, daß das Exportgeschäft einen Ausgleich bieten könne gegenüber dem zu erwartenden Rückgang des Inlandsabfahes. Ins Gewicht falle aber besonders, daß den enormen Lasten, die bisher die Neuaufnahme der Fabrikation künstlicher Röhre verursacht habe, nunmehr auch entsprechende Einnahmen gegenüberstehen werden. Schließlich ist noch zu bemerken, daß die Gesellschaft noch insgesamt nominal 8 125 000 tschechische Kronen Altrohlauser-Aktien hat, deren Zeitwert natürlich mehrere Milliarden Papiermark beträgt, da diese Aktien in der Tschechoslowakei mit mehreren hundert Prozent Aufgeld gehandelt werden. Die Zeitungsmeldung, daß Altrohlauser den Betrieb eingestellt habe, ist unrichtig. Es wurden laut Mitteilung der Verwaltung von neun Defektoren noch vier in Betrieb gehalten mit einer Belegschaft von 1700 Arbeitern. Die aufhebung des Exports hinielenden Maßnahmen der tschechischen Regierung lassen bereits in den nächsten Tagen eine Verbilligung der Kohlen- und Kaolinpreise um 30 Proz. erwarten, und damit wurden auch die Aussichten für Altrohlauser wieder entsprechend günstiger, namentlich soweit der Export in Frage kommt, der selbstredend auch von den böhmischen Werken nur in fremder Währung durchgeführt werde.

Aus unserem Beruf.

Groß-Berlin. Schildermaler. Mit dem Verein Berliner Schilderfabrikanten sind für die Zeit vom 1. bis 15. November nachstehende Löhne vereinbart worden: Der Stundenlohn für Schildermaler 1. Klasse beträgt 140 Mk., für 2. Klasse 137 Mk. Für die letzte Hälfte des Oktober wird eine Nachzahlung von 400 Mk. geleistet.

Die Branchenleitung.

Rahla. Ein beklagenswerter Unglücksfall mit Todesfolge ereignete sich am 1. November, vormittags, in der sogenannten Gasfabrik der A.-G. Rahla. Der Kollege Otto Mörchner aus dem Nachbarorte Altendorf war mit Schmierern der sich im Gange befindlichen Transmission beschäftigt, dabei erfasste die Transmissionswelle seine Schürze, die anderen Kleider und schließlich Mörchner selber und wickelte buchstäblich alles zu einem Knäuel zusammen. Erst nachdem die Transmission zum Stillstand gebracht wurde, konnte M. noch lebend aus seiner Lage befreit werden. Auf dem Wege nach dem Hospital ist Kollege Mörchner, den wir als einen braven Verbandskollegen und als einen guten Arbeitskameraden kennengelernt haben, verschieden. Er hinterläßt eine Witwe und zwei Kinder. Arbeiterlos! Aber, wer trägt die Schuld?

Waldenburg. Auch wir hatten im Oktober einen Jubilar in der Zahlstelle, dem wir hiermit eine kleine Ehrung zuteil werden lassen möchten. Der Kollege Reinhold Ulrich, Dreher aus Waldenburg, trat am 4. Oktober 1897 der Zahlstelle Waldenburg bei und war seit dieser Zeit ununterbrochen ein treues Mitglied. In seiner jahrelangen Tätigkeit als Unterkassierer und Vertrauensmann hat er sich stets auf das Beste bewährt und als zuverlässige Stütze des Verbandes erwiesen. Unser Koellge steht im Alter von 44 Jahren. Er kann auch Ende November auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Firma Krister in Waldenburg zurückblicken. Die Zahlstelle versuchte, dem Jubilar auch durch ein kleines Geschenk ihre Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Wir wünschen aufrichtig, daß Kollege Ulrich uns noch recht lange als Mitarbeiter und Mitkämpfer erhalten bleibe.

Jubiläum und Spende. Der bei vielen Porzellanern bekannte Direktor Georg Faist von der Porzellanfabrik E. Tiessch & Co., A.-G. in Altvasser, konnte am 1. Oktober d. J. sein 25jähriges Arbeitsjubiläum feiern. Bei dieser Gelegenheit hat ihm der Aufsichtsrat der Firma 500 000 Mk. zur Verfügung gestellt, damit diese zur Unterstützung alter, verdienter Arbeiter verwendet werden. Die Summe wurde mit weiteren 25 000 Mk. aus der Privattasche des Herrn Faist zu einer Georg-Faist-Stiftung vereinigt und daraus 10 Arbeitern mit über 45 Jahren Dienst je 6000 Mk., 4 Arbeitern mit mehr als 40 Dienstjahren je 5000 Mk., 6 Arbeitern mit mehr als 35 Dienstjahren je 3500 Mk., 8 Arbeitern mit mehr als 30 Dienstjahren je 3000 Mk. und 18 Arbeitern mit mehr als 25 Dienstjahren je 2500 Mk. ausgezahlt. Außerdem erhielten zum Monatsersten die aus dem Wohlfahrtseinkünften der Fabrik bereits unterstützten Witwen ein einmaliges Geschenk von je 200 Mk. und die Invaliden ein solches von 500 Mk. Die gleiche Unterstützung soll auch in Zukunft an die Arbeiter der Fabrik zur Auszahlung gelangen, sobald die betreffenden Dienstjahre erreicht sind. — Wenn man die Zahlen liest, denkt man wunder, was die alten Arbeiter für ihr Schaffen in einem Menschenalter erhalten. Es ist für manche nicht einmal ein Wochenlohn. Die Spende ist deshalb wohl verdient und schon hundertfach von den Bedachten erarbeitet worden.

Berichtsberichte.

Köln. In der Versammlung vom 5. Oktober 1922 wurde dem Mitgliedern die neue Beitragsregelung zur Kenntnis gebracht, woran sich eine ausgiebige Diskussion knüpfte. Es wurde wohl anerkannt, daß die Beitragserhöhung vorgenommen wurde, jedoch wirkte die 26wöchentliche Karenzzeit sehr befreiend auf die Versammlung. (Sie wurde doch erst im Juni von der Generalversammlung von 52 auf 26 Wochen herabgesetzt. D. Red.) Man bemerkte, daß die heutige Zeit nicht diejenige wäre, so langen Karenzzeiten Geltung zu verschaffen, und daß darin eine unbedingte Abänderung getroffen werden müsse. Der Wille der Versammlung wurde in folgender Resolution zusammengefaßt: „Die am 5. Oktober 1922 versammelten Kollegen der Zahlstelle Köln erklären sich mit der Erhöhung der Beiträge einverstanden. Sie protestieren jedoch entschieden gegen die 26wöchentliche Karenzzeit mit nachstehender Begründung: 1. Es ist in der heutigen Zeit nicht angebracht, erst nach 26 Wochen in den Besitz der erhöhten Unterstützung zu gelangen (besonders im Streikfalle). 2. Es ist technisch undurchführbar, weil bei dieser Stajielung die Beiträge sich alle drei bis vier Wochen erhöhen. (Inzwischen werden die Kölner Kollegen eines anderen belehrt worden sein. In Nummer 44 der „Umsele“ sind die näheren Erläuterungen enthalten. D. Red.) Sie ersuchen deshalb um Abänderung in der Karenzzeit. Ebenfalls befreit die Kollegen die dreitägige Karenzzeit vor Auszahlung einer Unterstützung.“

Literarisches.

„Die Urentwicklung der Menschheit“; Der Aufstieg der ältesten Kultur; Umwelttiere; Gebräuche der Urzeit. Von Dr. D. Hauser. Vier Schriften für die proletarische Jugend. Verlag: Buchhandlung „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin SW. 61, Urbanstr. 7. Der erfolgreiche Entdecker urgeschichtlicher Kassen und Kulturen gibt in dem ersten vorliegenden Bändchen: „Die Urentwicklung der Menschheit“, einen fesselnden Ueberblick über die Abstammung des Menschen. Wer einen Einblick gewinnen will in die Wertigkeit der Menschheit, der versäume nicht, sich diese Schrift als beste Feierabendlektüre zuzulegen. Der Preis für dieses Bändchen beträgt 20,— Mk.

Die Heinrich Diez-Gesellschaft. Am Grabe des Genossen Heinrich Diez gelobte die Sozialdemokratische Partei, im Geiste dieses großen Bahnbrechers der wissenschaftlich-sozialistischen Literatur fortzuwirken und in der Form einer Heinrich Diez-Gesellschaft dem Sozialismus zu einer weltverändernden Wissenschaft durch die Herausgabe bewährter alter und neuer selbständiger Forschungsarbeiten auszubauen. Soll der Sozialismus zu einem schaffenden Wissen werden, so muß ein enger Kontakt zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, eine ständige Fühlung zwischen den Autoren und ihren Lesern, zwischen den Gebenden und Empfangenden hergestellt werden. Deshalb rief die Diez-Gesellschaft auch die Männer zur Mitarbeit an ihrer großen Kulturarbeit auf, die mitten in praktischer Propagandarbeit stehen und auf tausende ihrer arbeitenden Mitbrüder einen starken geistigen Einfluß im sozialistischen Sinne ausüben. Es handelt sich bei der Heinrich Diez-Gesellschaft um die Zusammenfassung aller geistig und körperlich Schaffenden, die ernst um die Befestigung und Vertiefung ihrer sozialistischen Weltanschauung ringen, zu einer großen Genossenschaft. Organisieren wir alle diese an sich arbeitenden Männer und Frauen zu einer fest zusammenhaltenden Gesellschaft, so schaffen wir damit zugleich ein starkes und breites wirtschaftliches Fundament für eine wissenschaftlich-sozialistische Verlagstätigkeit. Bilden viele tausende rühriger Sozialisten die Grundlage der Diez-Gesellschaft, so kann diese auf gemaltige Gruppen des deutschen Volkes ständig einwirken. Sie verfügt über eine organisierte Fundchaft und jedes Mitglied der Gesellschaft hat große handgreifliche Vorteile von seiner Mitgliedschaft, gegenüber denen der jährliche Beitrag von 250 Mk. (vielleicht in Raten zu erhebende Beitrag) gar nicht ins Gewicht fällt. Alle Mitglieder dieser geistigen Genossenschaft erhalten nämlich alle Veröffentlichungen der „Diez-Gesellschaft“ zu einem wesentlich ermäßigten Preise. Das Kuratorium der Diez-Gesellschaft, das sich aus führenden Köpfen des Sozialismus zusammensetzen wird, ist Gewähr genug, daß alle Veröffentlichungen der Gesellschaft auf hohem geistigen Niveau stehen werden.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Mal-
rückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtsstr. 8, II.
— Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse. —

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen

sowie alle Goldabfälle und Silberchlamm
kauft ständig zu höchsten Tagespreisen

Kurt Rottmann

Stadtilm (Thüringen), Bahnhofstraße 1.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch be-
deutend mehr), überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes
Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Königsplatz 17.

Gold — Lappen — Abfälle

zahle allerhöchste Tagespreise. Poliergoldasche à Gramm 600 Mk.
und mehr, je nach Prozentgehalt. Glanzgoldasche 400 Mk.

— Eigene Schmelzanlage. — Sofort Kasse. —
Andreas Geyer, Selb, Oberstr., Goldarbeiter.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Pinsel
kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Ilm., Thür.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche,
Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgold-
flaschen mit Stöpsel 30—50 Pf., für leere Poliergoldflaschen mit
Stöpsel, 10 Gramm, 50—100 Pf., je nach Inhalt. Bei den hohen Post-
gebühren will ich es meiner werten Kundschaft ermöglichen, mir die
Treue zu wahren, indem ich derselben die Gebühren zurückerstatte.
Eine weitere Berücksichtigung erbittet

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.

Offerierte hierdurch zu Tagespreisen für Dreher Amocca-
sowie Levantiner Glasur- und Garnierungsschwämme in allen Größen,
das Stück von 50 bis 600 Mk.; große feinste glatte Philippiner
Elefantenzähne, das Kilo mit 10.000 Mk.; Pierdeschwämme; weiche
feine laustgroße Reeschwämme, das Kilo, zirka 60 Stück enthaltend,
3200 Mk. (billig); hand- und laustgroße Sardheadschwämme, mittlere
und prima Qualität, besonders für Steingut; kleinere weiche feine
echte Levantiner Schwämme, das Kilo 14000 Mk. Versand in
kleineren und größeren Posten.

S. Michelsohn, Schwammgroßhandl., Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

Emil Böhm, Goldscheide-Anstalt, Eisenberg i. Thür. (near. 1891),
kauft samtl. Goldabfälle, wie Glanzgold, Goldschmiere, Lappen, Asche,
leere Glanz- und Poliergoldflaschen, Bruchgold und Bruchsilber. Zahle
z. B. für Glanzgoldasche 250 Mk. und mehr für 1 Gramm; für Polier-
goldasche 400 Mk. und mehr pro Gramm, je nach Goldprozentgehalt;
alle übrigen Sachen die höchsten Kurspreise. — Neuestes Geschäft dieser
Art. — Streng reelle und pünktliche Bedienung. — Prospekte gratis
und franko. — Aufkäufer überall bei hoher Provision gesucht.

Gegr. 1896.	Gold, Platin und Silberabfälle aller Art		Gold-, Platin-, Silber- preis auf Anfrage
			
Beste Bedien.	Seifert, Zwickau i. S., Osterwehstr. 32.		

Asche, Lappen, Schmiere, spez. ausgebranntes Gold
kauft zu höchsten Preisen

Christoph Geier, Höchstädt bei Thiersheim, Nr. 136.

Selbständiger Porzellanmaler kauft jeden, auch den kleinsten
Posten

Glanz- und Poliergold

zu höchsten Preisen per Nachnahme.

Angebote an Heinrich Dehler, Porzellanmalerei,
Münster, Westfalen, Steinfurterstr. 132.

Gold-Reste jeder Art

kauft

Dr. Max Heim, Chem.-metal. Laboratorium
zu höchsten Kurspreisen bei sofortiger Kasse.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Edwin Kenninger, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von C. Janiszewski, Berlin S.O., Elisabeth-Ufer 28/29.

Berlin-Charlottenburg. Bibliotheksleser! Trotz der Aufrufe in
Nr. 40/41 der „Ameise“, betreffend die Ablieferung der Bücher bis
zum 2. November, zwecks glatter Abwicklung der Revision, haben es
zirka 70 Kollegen unterlassen, die Bücher abzuliefern. Es ist fest-
gestellt, daß ein großer Teil dieser Kollegen die Bücher ein halbes
Jahr und länger in Händen hat. Die Verwaltung hat zu dieser
Frage Stellung genommen und fordert hiermit nochmals auf, die
Bücher sofort im Bureau, Naunhoferstr. 85, abzugeben. Die Ausgabe
weiterer Bücher wird solange unterbleiben, bis dies geschehen ist.
Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß Bücher auf die Dauer
von 4 Wochen unentgeltlich verliehen werden. Wird diese Zeit, ohne
vom Leser gewünschte Verlängerung, überschritten, so ist nach dem
Beschluss der Verwaltung, ab heute ein Strafgehalt von 3 Mk. pro
Monat zu zahlen. Die Verwaltung.

Versammlungs-Anzeigen.

Althalbendsleben. Montag, den 13. November, abends 8 Uhr,
bei Peters Zahlstellenversammlung.

Berlin-Charlottenburg. Zahlstellenversammlung Mittwoch, den
15. November, abends 7 Uhr, in der Staatlichen Porz.-Manufaktur,
Regelstraße, Charlottenburg.

Adressenänderungen.

Thiersheim. Kassierer: Johann Köder, Dreher, Thiersheim-
Oberfranken, Haus Nr. 91. Revisor: Michael Küsspert, Maler,
Thiersheim.

Windisch-Eschenbach. Der Kassierer heißt Kändler, nicht Kähler.

Aufrufe!

Unser Kollege Bernhard Schübel aus Goldblauter ist schon lange
krank und arbeitsunfähig und in allen Klassen ausgesteuert. Seine
Frau starb vor einigen Jahren und hinterließ ihm drei unverjorgte
Kinder im Alter von 7, 9, 12 Jahren. Einer erwachsenen Tochter
obliegt nun die Pflicht, den kranken Vater und die Geschwister zu er-
nähren. Das ist eine zu schwere Aufgabe. Die Zahlstelle Burgau
hat schon öfter versucht, das schwere Los dieser Familie etwas zu
lindern. Da es aber nicht ausreichend geschehen kann, bitten wir die
anderen Zahlstellen, durch Spenden der Not zu steuern. Geldsendungen
sind zu richten an den Kassierer Johann Witziger, Burgau Nr. 27 a,
Thüringen.

Unser Kollege Georg Bröh, Vater mehrerer Kinder, ist seit Ostern
krank und seit einigen Wochen in der Klinik. Da er in allen Klassen
ausgesteuert ist, befindet er sich mit seiner Familie in großer Not.
Die Zahlstelle Staffel hat ihr möglichstes getan. Nun bitten wir auch
die anderen Zahlstellen, etwas zur Unterstützung des Genannten beizu-
tragen. Geldsendungen erbeten an Kassierer Johann Eichmann,
Hadamar bei Limburg, Lahn, Siegenerstr. 18.

Unser Kollege Julius Sommer und die Kolleginnen Anna
Köder und Anna Weiß sind schon seit langer Zeit krank und in allen
Klassen ausgesteuert. Die Zahlstelle Hohenberg/Eger hat schon ge-
nugend getan und bittet nun, da die Notlage der Obgenannten
schlimm ist, um gütige Spenden der übrigen Zahlstellen. Gelder sind
zu senden an Kassierer Georg Wainer, Hohenberg/Eger, Selberstr. 3.

Sterbetafel.

Berlin-Charlottenburg. August Engelhardt, Former,
geboren am 9. Juni 1877 in Berlin, gestorben am 21. Oktober
an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Kah.a. Otto Mörchner, Brennhausarbeiter, ge-
boren am 28. Oktober 1887 zu Altenberga, gestorben am 1. No-
vember infolge Unglücksfall. Mitglied seit 1919.

Plane. Robert Koch, geboren am 20. Februar 1864
zu Liebenstein, gestorben am 29. Oktober an Lungentuberkulose.
Mitglied seit 1919 bei uns, vorher im Schuhmacherverband.

Zeiten. Adolf Richter, Einrichter, geboren am
19. April 1874, gestorben am 1. November an Asthma. Mit-
glied seit 1903.

Windisch-Eschenbach. Josef Pflaum, Maler, geboren
am 18. März 1897 zu Erlangen, gestorben am 18. Oktober an
Lungentuberkulose. Organisiert seit 1912.

Ehreibrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Wir stellen noch tüchtige

Dreher

welche tatsächlich gute Arbeit leisten, sofort ein. Ledige Bewerber
können dauernde Beschäftigung erhalten.

Bewerbungsschreiben unter „E. S.“ an die Redaktion des
Blattes.

Zwei intelligente junge Dreher, in allen vorkommenden Ar-
beiten der Dreherei und C. bei elektrischen und Geschirrbrenn-
arbeiten. Können ihre Stelle zu verändern (möglichst im
Ausland). Offerten unter „Dreher“ an die Redaktion der „Ameise“
erbeten.

Tüchtiger Porzellan- und Majolikamaler, künstlerisch gebildet,
bei ersten Firmen (auch als Aufglasmaler) tätig gewesen, sucht Er-
werb mit Gelegenheit, auch im Ausland. Offerten unter „Va-
raria“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.